Tätigkeitsbericht des Vorstandes des Fördervereins PRO ASYL e.V. 2010/2011

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.

2010/2011 im Überblick

Einsatz für Flüchtlinge in Europa und darüber hinaus

5 **Durchbruch in Sachen Griechenland**
Großer Erfolg vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof – Die Recherchen von PRO ASYL zahlen sich aus, die Arbeit geht weiter.

6 **Evros – Recherchen im griechisch-türkischen Grenzgebiet**
PRO ASYL zeigt, wie dramatisch die humanitäre Situation für Schutzsuchende in nordgriechischen Haftlagern ist und welche Rolle deutsche Grenzbeamte dort spielen. Ein neues Projekt dokumentiert Fälle und leistet konkrete Unterstützung.

7 **Transit Türkei**
Ein neues Projekt von Förderverein und STIFTUNG untersucht die Situation der Flüchtlinge in der Türkei und im türkisch-griechischen Grenzgebiet.

7 **Libyen: Fluchtwege öffnen, Flüchtlinge aufnehmen**
Im März 2011 finden Aufruf und E-Mail-Aktion an Kanzlerin Merkel in kurzer Zeit tausende Unterstützerinnen und Unterstützer.

8 **Libyen: Keine Zusammenarbeit mit Gaddafi!**
Sommer und Herbst 2010 stehen im Zeichen von Aktionen und Veröffentlichungen gegen die europäische Kollaboration mit dem libyschen Diktator.

9 **Italien und die Menschenwürde**
Im Februar 2011 belegt ein neuer Bericht: Asylsuchende und sogar anerkannte Flüchtlinge leben in Italien in menschenunwürdigen Zuständen.

10 **Abgeschoben nach Mali**
PRO ASYL unterstützt die Selbsthilfeorganisation von Flüchtlingen.

10 **Border Monitoring Ukraine**
Verweigerter Flüchtlingsschutz an der östlichen EU-Außengrenze.

11 **Kosovo: Keine Abschiebungen ins Elend!**
Mit Aufruf, E-Mails und persönlichen Fotos wenden sich PRO ASYL und seine Unterstützerinnen und Unterstützer gegen drohende Abschiebungen.

12 **Roma in Serbien: Diskriminiert und attackiert**
Gemeinsam mit Partnerorganisationen gegen Antiziganismus und für ein Bleiberecht der Roma.

13 **Abschiebungen nach Syrien**
Die deutsche Kollaboration mit dem Assad-Regime muss beendet werden.

Für ein menschenwürdiges Leben in Deutschland

14 **BMI stoppt Abschiebungen nach Griechenland bis zum 12. Januar 2012**
Auslöser sind jahrelange Recherchen von PRO ASYL.

15 **Kinderrechtskonvention: Jetzt erst Recht(e)!**
Nach der Rücknahme des Vorbehalts geht das Ringen um die vollständige Umsetzung der Kinderrechtskonvention weiter.

16 **Bleiberecht: Noch immer ungelöst**
PRO ASYL hat den neuen § 25a AufenthG analysiert, die große Bleiberechtslösung steht noch aus.

16 **Mit Diskriminierung macht man keinen Staat**
Unter diesem Motto zum Tag des Flüchtlings 2010 wendet sich PRO ASYL gegen die soziale Ausgrenzung und Entwürdigung von Flüchtlingen und fordert ihre gleichberechtigte Teilhabe.

18 **Gegen den Lagerzwang**
Eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland ist Ziel verschiedener Veröffentlichungen und steht im Fokus einer Fachkonferenz.

19 **Tour der 1.000 Brücken**
Liedermacher Heinz Ratz auf 7.000-Kilometer-Fahrradtour für Flüchtlinge, mit und für PRO ASYL.

20 **Internationale Wochen gegen Rassismus**
»Menschen wie Menschen behandeln!« fordern PRO ASYL und Interkultureller Rat, »für soziale Teilhabe und ein Leben in Würde.«

Umschlagfotos: © PRO ASYL
Minderjährige Flüchtlinge in der überfüllten Haftanstalt Pagani auf Lesbos im Jahr 2009 (Griechenland). | Postkarte zur Aktion »Gaddafi – Europe's new commissioner on human rights?« von PRO ASYL im Mai 2010. | Plakat der Kampagne »Mit Diskriminierung macht man keinen Staat« zum Tag des Flüchtlings 2010.

21 **Mehr (Irak-)Flüchtlinge aufnehmen! Die save-me-Kampagne**
Über 50 Initiativen bundesweit setzen sich weiter für die Neuansiedlung schutzbedürftiger Flüchtlinge ein.

22 **Stoppt das Sterben – SOS for Human Rights**
Mit Jugendliche ohne Grenzen (JOG) und dem GRIPS Theater appelliert PRO ASYL, die Fluchtwege freizuhalten.

22 **Abschiebungshaft**
Alle Jahre wieder: Trauriges Gedenken an neue Suizidopfer.

23 **Abschiebungen aus Deutschland**
Klage der Abschiebeexperten der »AG Rück« über Erschwerung von Abschiebungen – ein Kompliment für PRO ASYL und die Unterstützergruppen vor Ort.

24 **Flucht und Migration durch Klimawandel**
Tagungsthema in Bad Boll.

24 **Deutscher Menschenrechtsfilmpreis 2010**
Zwei Filme mit Flüchtlingsthematik werden ausgezeichnet.

24 **Start-Stipendien für junge Flüchtlinge**
Individuelle Förderung durch die STIFTUNG PRO ASYL.

25 **Zur Qualität des Flughafenverfahrens**
Im Dialog mit dem Bundesamt.

26 **Einzelfallarbeit und Rechtshilfe**
Rund 6.000 Anfragen zu über 1.700 neuen Einzelfällen bearbeitete das PRO ASYL-Beratungsteam. In 306 Fällen erhielten Flüchtlinge Zuschüsse aus dem Rechtshilfefonds.

29 **STIFTUNG PRO ASYL**
Auch 2010 gab es gemeinsame Projekte mit dem Förderverein.
Der Stiftungspreis 2010 geht an den Journalisten Gabriel del Grande.

32 **PRO ASYL intern**
Vorstand, Bundesarbeitsgemeinschaft, Einnahmen und Ausgaben, Mitglieder.

Der Tätigkeitsbericht umfasst das Jahr 2010 und schließt die Zeit bis zum 31. Mai 2011 mit ein.

Einsatz für Flüchtlinge in Europa und darüber hinaus

Durchbruch in Sachen Griechenland

Einen der größten Erfolge und eine Sternstunde für den Flüchtlingsschutz erlebte PRO ASYL am 21. Januar 2011. An diesem Tag verurteilte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) die Staaten Griechenland und Belgien wegen Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Ein afghanischer Flüchtling hatte gegen seine Abschiebung aus Belgien nach Griechenland geklagt. Mit dem Urteil stellte das Gericht klar, dass eine Abschiebung ohne wirksamen Rechtsbehelf gegen die Überstellung und die Haft- und Lebensbedingungen von Schutzsuchenden in Griechenland nicht im Einklang mit der Europäischen Menschenrechtskonvention steht. Zur Urteilsbegründung bezog sich der Gerichtshof auch auf den bereits 2007 veröffentlichten PRO ASYL-Recherchebericht zu Situation in Griechenland »*The truth may be bitter, but it must be told*«.

Mit dem EGMR-Urteil sind die fortlaufendenden Recherchen von PRO ASYL zur Aufnahmesituation in Griechenland auf höchster Ebene angekommen. Im Vorgriff auf das Urteil hatten bereits einige europäische Staaten die Überstellungen von Asylsuchenden nach Griechenland gestoppt. Wenige Tage vor dem Urteil des EGMR teilte die deutsche Bundesregierung mit, dass sie für die Dauer von einem Jahr keine Abschiebungen nach Griechenland mehr vornehmen werde. Die Folgen aus dem Urteil reichen aber weiter: Deutschland muss seine Rechtslage insbesondere im Hinblick auf den Eilrechtsschutz anpassen. Die nach den Erfahrungen mit Griechenland als gescheitert anzusehende Dublin-II-Verordnung muss grundlegend überarbeitet werden. Die EU ist nun in der Pflicht, zügig eine solidarische und menschenrechtskonforme Asylzuständigkeitsregelung zu schaffen.

Dies gilt insbesondere für Flüchtlingskinder: Bereits im März 2010 hat PRO ASYL eine breit angelegte Postkartenaktion initiiert, mit der an die EU-Kommission und die deutsche Bundesregierung appelliert wurde, die in Griechenland gestrandeten schutzlosen Flüchtlingskinder in Europa aufzunehmen. Der damalige Bundesinnen-

minister, Dr. Thomas de Maiziére, und die EU-Kommissarin für Inneres, Cecilia Malmström, wurden aufgefordert, sich persönlich für den Schutz minderjähriger Flüchtlinge einzusetzen. Bis heute ist dieses Problem ungelöst, es bleibt auf der politischen Agenda. Das Faltblatt und Poster »*Europa darf nicht länger wegschauen*«, veröffentlicht im März 2010, verdeutlicht anschaulich die Lage von Flüchtlingskindern in Griechenland und ist kostenlos bei PRO ASYL bestellbar.

Evros – Recherchen im griechisch-türkischen Grenzgebiet

Anfang Oktober 2010 veröffentlichte PRO ASYL den Bericht »*Recherchemission in das griechisch-türkische Grenzgebiet (Evros-Region)*«. Nachdem der Seeweg über die Ägäis zunehmend abgeriegelt worden war, versuchten 2010 zunehmend mehr Flüchtlinge, vor allem aus Afghanistan, Irak, Iran und Somalia, die EU über die griechisch-türkische Landgrenze zu erreichen. Die von den Rechtsanwältinnen Marianna Tzeferakou (Athen) und Natassa Strachini (Chios) im August 2010 durchgeführte Recherche zeigt, wie dramatisch die humanitäre Situation für Schutzsuchende in nordgriechischen Haftlagern ist, in denen sämtliche Neuankömmlinge inhaftiert werden.

Die beiden Rechtsanwältinnen haben Fälle dokumentiert, in denen Minderjährige durch falsche Altersangaben zu Erwachsenen gemacht wurden, in denen Schutzsuchende durch Einschüchterung und Fehlinformationen davon abgehalten wurden, Asylanträge zu stellen, und in denen schwere Misshandlungen durch das Wachpersonal vorlagen. Insgesamt sind die Lebensbedingungen in den Haftlagern katastrophal, die sanitären Bedingungen sind gesundheitsgefährdend und eine medizinische Versorgung ist nicht gewährleistet. Viele Flüchtlinge sind unmittelbar von einer Zurückschiebung in die Türkei bedroht. In exemplarischen Fällen leistet PRO ASYL Rechtshilfe bis hin zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Dieses Projekt wird von Förderverein und STIFTUNG PRO ASYL gemeinsam durchgeführt.

Im November 2011 reisten Günter Burkhardt (Geschäftsführer) und Karl Kopp (Europareferent) von PRO ASYL gemeinsam mit Tom Koenigs, dem Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages, ins Evros-Gebiet. Der Besuch in völlig überfüllten, menschenunwürdigen Haftlagern bestätigte die bisherigen Erkenntnisse und machte überdies deutlich, dass der Einsatz von Frontex – seit November 2010 unter Beteiligung deutscher Grenzbeamter – die Lage noch verschlimmert: Hastig durchgeführte Identitätsfeststellungsverfahren durch Frontex führten zu krassen Fehlentscheidungen wie falsch zugeordneten Herkunftsländern. Die deutschen Beamten vor Ort gestanden in Gesprächen mit uns offen ihre moralischen Zweifel an ihrem Einsatz ein. Erschreckend und neu war das festgestellte Ausmaß, in dem Flüchtlinge aus dem Iran, dem Irak und Syrien akut von Abschiebung in die Türkei bedroht waren. Der Reisebericht »*Zu den Folgen des Frontex-Einsatzes an der türkisch-griechischen Landgrenze mit deutscher Beteiligung*« ist nachzulesen auf der Website von PRO ASYL.

Transit Türkei

Die Türkei wurde in den vergangenen Monaten mehr und mehr zum wichtigsten Transitland für Flüchtlinge. Ihre Situation im türkischen Transit ist äußerst unsicher: Willkürliche Inhaftierungen, die ständige Gefahr einer drohenden Abschiebung und täglicher Überlebenskampf prägen ihren Alltag. Das staatliche Asylsystem schließt die nichteuropäischen Flüchtlinge – und damit den überwiegenden Teil der Schutzsuchenden – aus.

Die EU übt Druck auf das Land aus, damit die Regierung in Ankara eine Weiterflucht nach Westen verhindert. Im Februar 2011 billigten die EU-Innenminister das von EU-Kommissarin Malmström ausgehandelte Rückübernahmeabkommen mit der Türkei – ein Abschiebevertrag, der auch für Drittstaatsangehörige gilt. Die Türkei will erst dann grünes Licht geben, wenn zeitgleich auch die »unwürdigen Visabeschränkungen« für türkische Staatsangehörige fallen. Gemeinsam mit der STIFTUNG PRO ASYL hat der Förderverein im Herbst 2010 ein Projekt mit Partnerorganisationen vor Ort begonnen, in dem die Situation der Flüchtlinge in der Türkei und im türkisch-griechischen Grenzgebiet untersucht wird. Kofinanziert wird das Projekt von der Stiftung UNO-Flüchtlingshilfe, dem deutschen Caritasverband, Brot für die Welt, der Stiftung do, der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Libyen – Fluchtwege öffnen, Flüchtlinge aufnehmen

Frühjahr 2011: Nachdem der libysche Diktator Gaddafi die Demokratiebewegung in seinem Land mit Gewalt beantwortet und der Westen Krieg mit ihm führt, kommt es zu dramatischen Fluchtbewegungen. Vor dem Europäischen Sondergipfel im März 2011 forderte PRO ASYL gemeinsam mit der Entwicklungshilfeorganisation medico international eine koordinierte europäische Flüchtlingshilfe und die Aufnahme von Flüchtlingen in der EU. Tausende Transitflüchtlinge aus den Krisenländern Afrikas

wie Eritrea, Somalia und Sudan, befanden sich seit Beginn der Kämpfe zwischen den Fronten. Diese Flüchtlinge müssten evakuiert werden und in Europa Schutz finden. Deutschland sollte großzügig die Aufnahme eines Teils dieser Flüchtlinge zusichern. Gleichzeitig sollte die EU sicherstellen, dass die Zurückweisungen und das Abdrängen von Bootsflüchtlingen aufhören. Schätzungen des UNHCR zufolge sind zwischen Januar und Mai 2011 mehr als 1.200 afrikanische Bootsflüchtlinge im Mittelmeer ertrunken, zuletzt starben Anfang Mai 61 Flüchtlinge offenbar unter den Augen von EU-Grenzpatrouillen. Der Aufruf machte unmissverständlich klar: Bootsflüchtlinge haben das Recht auf eine menschenwürdige Aufnahme in einem sicheren europäischen Hafen und auf ein rechtsstaatliches Asylverfahren.

© UNHCR/A. Duclos

Gemeinsam riefen PRO ASYL und medico international zur E-Mail-Aktion »*Fluchtwege nach Europa öffnen – Flüchtlinge aufnehmen!*« an die Bundeskanzlerin auf. Sie fand innerhalb weniger Tage über 7.000 Unterstützerinnen und Unterstützer.

Libyen – Keine Zusammenarbeit mit Gaddafi!

Sommer 2010: Schon lange vor Ausbruch der nordafrikanischen Revolten hat PRO ASYL die bundesdeutsche und europäische Zusammenarbeit mit dem libyschen Regime problematisiert und sich auch 2010 intensiv mit diesem Thema befasst. Denn in den letzten Jahren war der libysche Diktator Gaddafi der wichtigste Bündnispartner Europas bei der Abwehr von Flüchtlingen und Migranten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten belieferten das Regime mit Waffen, Schiffen, Fahrzeugen, Leichensäcken sowie Geldern für Abschiebungsflüge und Haftanstalten und blendeten die Menschenrechtsverletzungen aus.

Nach einer Entschließung des Europaparlaments im Mai 2010, in der schwere Menschenrechtsverletzungen in Libyen konstatiert und scharf verurteilt werden, appellierte PRO ASYL an das Europaparlament, alle Verhandlungen mit Libyen zu Flucht und

Migration, insbesondere bezüglich der angestrebten polizeiliche Kooperation zwischen der EU-Grenzagentur Frontex und Libyen, unverzüglich abzubrechen und Zurückweisungen von Bootsflüchtlingen nach Libyen zu beenden. Tausende Menschen beteiligten sich per E-Mail oder Postkarte an der Aktion »*Gaddafi – Europe's new commissioner on human rights?*« und sandten ein Protestschreiben mit pointiertem Gaddafi-Bild an den Präsidenten des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek.

Zeitgleich wurde die Broschüre »*Fatale Allianz: Zur Kooperation der Europäischen Union mit Libyen bei der Flucht- und Migrationsverhinderung*« veröffentlicht, die die verschiedenen Elemente und die Funktionsweise der europäischen Kollaboration mit dem diktatorischen Regime Muammar al Gaddafis detailliert beschreibt. In dem zugehörigen Kurzfaltblatt »*Eingesperrt, gefoltert, vergewaltigt!*« geben Flüchtlinge Zeugnis von der brutalen Praxis in Libyen.

Italien und die Menschenwürde

Beschäftigt hat sich PRO ASYL im Jahr 2010 auch mit den völkerrechtswidrigen Zurückweisungen von Flüchtlingen auf hoher See durch Italien – noch zu Zeiten, in denen die Herrschaft des Diktators Gaddafis unumstritten war. Die EU-Institutionen schauten weg, wenn italienische Behörden tausendfach Völker- und EU-Recht verletzten – mit schlimmen Folgen für diejenigen, die in libyschen Haftzentren landeten. Anstatt die Regierung in Rom zu sanktionieren, wollte die EU das »italienische Modell« kopieren – bevor dann durch die nordafrikanischen Umbrüche alles anders kam. Das Anti-Folter-Komitee des Europarates hat unsere Kritik an den Rückschiebungen Italiens Anfang 2010 in wesentlichen Punkten bestätigt. PRO ASYL hat vor allem in der Pressearbeit dazu immer wieder deutlich gemacht, dass Europa, auch die Bundesregierung, an den Menschenrechtsverletzungen eine Mitverantwortung trägt.

Anlass zu Besorgnis gab und gibt aber auch der Umgang Italiens mit Flüchtlingen im Landesinnern: Flüchtlinge – sowohl asylsuchende, als auch solche, die bereits einen Schutzstatus erhalten haben, leben in Italien großenteils im absoluten Elend und in Obdachlosigkeit. Die meisten werden nach spätestens sechs Monaten von dem nur rudimentär vorhandenen italienischen Unterbringungssystem ausgespien und landen ohne jede Hilfe im Nichts. Dies belegt der von PRO ASYL veröffentlichte, 36-seitige Bericht »*Zur Situation von Flüchtlingen*

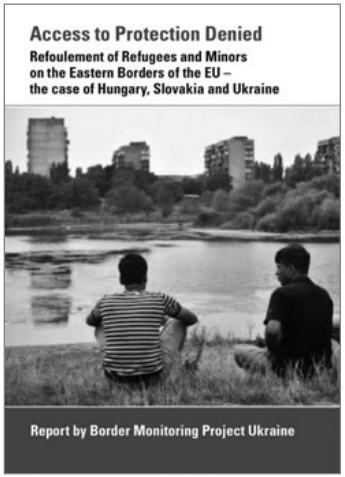
in Italien«. Die Autoren, Maria Bethke und Dominik Bender, haben im Herbst 2010 die Situation untersucht und dabei großenteils menschenunwürdige Bedingungen vorgefunden. Nach Griechenland wird damit nun auch Italien zum Beleg für die ungleichen Aufnahmebedingungen innerhalb der EU und die dramatische Dysfunktionalität des Dublin-II-Systems. Der Italienbericht liegt als Broschüre vor und kann bei PRO ASYL bestellt werden.

Abgeschoben nach Mali

Gemeinsam mit medico international unterstützt die STIFTUNG PRO ASYL seit 2010 ein Selbsthilfeprojekt von Flüchtlingen und Migranten in Mali. Die Organisation der Ausgewiesenen Malis (Association Malienne des Expulsés – AME) wurde 1996 von Maliern gegründet, die man aus Frankreich und Angola abgeschoben hatte. Heute kümmert sich die AME vorrangig um abgeschobene Migranten und Flüchtlinge aus Europa und dem Maghreb. Am Flughafen von Bamako und an der algerisch-malischen Grenze organsiert die AME medizinische Hilfe, Rechtsbeistand, eine Notunterkunft oder das Fahrtgeld in den jeweiligen Heimatort für die meist völlig mittellosen Abgeschobenen. Neben der konkreten Einzelfallhilfe setzt sich die AME im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit, sowie in internationalen migrationspolitischen und globalisierungskritischen Netzwerken für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten ein. Im Dezember 2010 lud die AME Vertreterinnen und Vertreter der malischen Zivilgesellschaft und verschiedener europäischer und afrikanischer Organisationen in die malische Hauptstadt Bamako ein, um über den Zusammenhang von Unabhängigkeit, Entwicklung und Migration zu diskutieren. Der Konferenzbericht »Eine Zusammenkunft für das Recht zu gehen – und zu bleiben« ist im Dezember 2010 erschienen und nachzulesen auf der Website von PRO ASYL.

Border Monitoring Ukraine

»*Verweigerter Flüchtlingsschutz – ›Access to protection denied‹*«. So heißt der Anfang 2011 erschienene Bericht des »*Border Monitoring Project Ukraine*« (BMPU), das die STIFTUNG und der Förderverein PRO ASYL unterstützen. Der 48-seitige englischsprachige Bericht dokumentiert das Zurückschieben von Asylsuchenden – darunter auch Minderjährige – an der östlichen Außengrenze der EU, die schwierige Situation in der Ukraine und die Verantwortung der Europäischen Union. Ein Ergebnis: Die EU-Mitgliedstaaten weisen Asylsuchende an den Grenzen Richtung Ukraine zurück – selbst Asylanträge von Flüchtlingen aus Bürgerkriegsregionen wie Somalia, Afghanistan oder Irak werden häufig schlicht ignoriert. Dieses Vorgehen stellt einen eklatanten Verstoß gegen das Refoulementverbot der Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention dar. Seit 2008 beobachtet das BMPU die Situation von Flüchtlingen in der Ukraine selbst und an der Grenze zu den benachbarten EU-Staaten Ungarn und Slowakei. Neben politischen Interventionen bietet das BMPU Flüchtlingen in der Region Transkarpatien auch konkrete Hilfestellung, unter anderem kostenfreie medizinische Versorgung, an.



Kosovo: Keine Abschiebungen ins Elend!

Das im April 2010 unterzeichnete Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo goss in rechtliche Formen, was schon einige Monate lang unverantwortliche Praxis war: die Abschiebung auch von Minderheitenangehörigen wie Roma, Ashkali und anderen, die im Kosovo mit extremer Diskriminierung und faktisch einem Leben am Rande der Müllkippe rechnen müssen. Der Zugang zu Arbeit, Bildung, sozialen Einrichtungen und gesundheitlicher Versorgung bleibt ihnen weitgehend versperrt. Die in Deutschland aufgewachsenen Kinder können sich weder auf Albanisch noch Serbisch verständigen und finden dort keine Lebensperspektive. Etwa 10.000 noch hier lebenden Kosovo-Roma droht in den nächsten Jahren die Abschiebung. PRO ASYL hat dies anlässlich der Innenministerkonferenz im Frühjahr 2010 in Hamburg öffentlich kritisiert, auf

die historische Verantwortung Deutschlands verwiesen und einen sicheren Aufenthaltsstatus für die bis heute in vielen Ländern marginalisierte, diskriminierte und attackierte Personengruppe der Roma gefordert.

PRO ASYL unterstützte den von Dr. Christian Schwarz-Schilling, ehemals Hoher Repräsentant und UN-Sonderbeauftragter für Bosnien und Herzegowina, initiierten »Osterappell« 2010, der ebenfalls den Verzicht auf Minderheitenabschiebungen vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung Deutschlands für die Roma fordert.

Im Mai 2010 initiierte PRO ASYL die E-Mail-Aktion »*Keine Abschiebungen ins Elend!*«, an der sich zahlreiche Menschen beteiligten. Viele von ihnen hielten ihren Protest mit Fotos fest, die wie der Appell an die Innenminister der Bundesländer geschickt wurden.

Roma in Serbien: Diskriminiert und attackiert

Nicht nur im Kosovo, auch in anderen europäischen Staaten sehen sich Roma Anfeindungen und Schlimmerem ausgesetzt – allen voran Serbien, wo nach Schätzungen 500.000 bis 800.000 Roma leben. Obwohl sie dort seit Jahrhunderten ansässig sind, werden sie noch immer als »Zigeuner« diskriminiert. Viele von ihnen leben in selbst gezimmerten Baracken, die in irregulären Siedlungen errichtet wurden. Dort gibt es meist weder Wasser- noch Stromversorgung oder sanitäre Anlagen. Immer wieder werden Roma auch Ziel von nationalistischen Angriffen. Die serbische Polizei geht kaum gegen solche Gewalttaten vor, es häufen sich sogar Berichte über Polizeigewalt. PRO ASYL unterstützt Dosta, das Romaprojekt des Niedersächsischen Flüchtlingsrats, und hat im Februar ein Informationsblatt zur Situation der Roma mit herausgegeben, auf dem die Jahrhunderte lange Geschichte der Diskriminierung und Unterdrückung der Roma bis hin zum Völkermord durch die Nazis dargestellt wird. Menschenrechtliche Konsequenz aus Geschichte und Gegenwart wäre ein Bleiberecht für Roma-Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie eine separate Aufnahmeregelung für Roma in Deutschland, analog zum früheren Kontingentflüchtlingsgesetz.

Anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 14. bis 27. März 2011 haben der Zentralrat und das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, PRO ASYL und der Interkulturelle Rat das Flugblatt »*Was Sie schon immer über ›Zigeuner‹ wissen wollten*« herausgegeben. Es informiert über die Minderheit der Sinti und Roma in Deutschland, ihre Sprache und Kultur. Das Faltblatt gibt darüber hinaus vielfältige Anregungen zur Thematisierung von Antiziganismus und kann unter www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de im Internet heruntergeladen werden.

Auf europäischer Ebene ging die Kritik im Oktober 2010 an die Adresse der EU-Kommissarin für Justiz und Inneres Malmström. Die Kommissarin hatte zuvor die Innenminister Serbiens und Mazedoniens aufgefordert, Asylanträge ihrer Staatsbürger – unter ihnen viele Roma – in Staaten der EU zu verhindern. PRO ASYL forderte gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen, Chachipe und anderen Menschenrechts- sowie Romaorganisationen öffentlich: Anstatt die Ausgrenzung dieser Minderheiten durch den fragwürdigen Appell weiter voranzutreiben, sollte Malmström sich für die Rechte von Roma und anderen Minderheiten in Serbien und Mazedonien sowie für die Möglichkeit einer Rückkehr von Flüchtlingen in Würde einsetzen.

Abschiebungen nach Syrien

Was PRO ASYL schon lange beklagte, wurde im Zuge der Aufstände im Frühjahr 2011 auch für eine breitere Öffentlichkeit unübersehbar: Die Illegitimität des Assad-Regimes und das brutale Vorgehen syrischer Sicherheitskräfte gegen Menschenrechtler und Demonstranten. Zu Beginn der Proteste 2011 sollen innerhalb weniger Wochen über 170 Menschen getötet worden sein. Doch die deutsche Kollaboration mit dem Assad-Regime, das seit Beginn seiner Existenz Zehntausende Menschenleben auf dem Gewissen hat, ging zunächst ungerührt weiter. PRO ASYL forderte vom Bund und von den Ländern einen Abschiebungsstopp sowie die Beendigung deutsch-syrischer Zusammenarbeit, insbesondere die Aufkündigung des deutsch-syrischen Rückübernahmeabkommens.

Seit Abschluss des deutsch-syrischen Rückübernahmeabkommens 2009 stehen Flüchtlinge aus Syrien, insbesondere (teils staatenlose) Kurdinnen und Kurden, auf der Abschiebungsliste aus Deutschland. Immer wieder belegen Fälle von aus Deutschland Abgeschobenen das Risiko, nach der Einreise in Haft genommen zu werden – zu An-

fang meist ohne jeden Kontakt zur Außenwelt, inklusive der Gefahr der Misshandlung oder Folter. Mehrere solcher Fälle hat PRO ASYL im Jahr 2010 einzelfallbezogen und teils öffentlich begleitet.

Erst Ende April 2011 teilte das Bundesministerium des Innern den Innenministern/-senatoren der Länder vorsichtig mit, es sei bis zur Klärung der Verhältnisse in Syrien nicht ratsam, Abschiebungen vorzunehmen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge trifft seither vorläufig keine Asylentscheidungen zum Herkunftsland Syrien – was auch zur Folge hat, dass keine Flüchtlingsanerkennungen getroffen werden. Die temporäre Aussetzung von Abschiebungen nach Syrien kann nur ein erster Schritt sein. Das Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Syrien muss endgültig aufgekündigt und den betroffenen Menschen umgehend Schutz gewährt werden.

Für ein menschenwürdiges Leben in Deutschland

BMI stoppt Abschiebungen nach Griechenland bis zum 12. Januar 2012

Ob Dublin-Abschiebungen nach Griechenland mit den Grundrechten vereinbar sind, hatten im zurückliegenden Jahr gleich mehrere hochrangige Gerichte zu überprüfen. Während der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg (EGMR) am 21. Januar 2011 entschied, dass Überstellungen von Asylsuchenden nach Griechenland gegen Artikel 3 (Verbot der unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung) und gegen Artikel 13 (Recht auf wirksame Beschwerde) der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen, blieben die Verfassungsbeschwerden in Deutschland ohne konkretes Ergebnis. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) stellte die Verfahren Anfang 2011 ein, nachdem die Bundesregierung erklärt hatte, ein Jahr lang vom Selbsteintrittsrecht Gebrauch zu machen und keine Abschiebungen nach Griechenland vorzunehmen. PRO ASYL hatte die Verfassungsbeschwerden intensiv begleitet und die juristische Argumentation durch ein umfassendes Rechtsgutachten untermauern lassen, das Asyl- und Verfassungsrechtsexperte Dr. Reinhard Marx im Auftrag von PRO ASYL, amnesty international, Wohlfahrtsverbänden, der Neuen Richtervereinigung und dem Forum Menschenrechte erarbeitet hatte. Es bleibt abzuwarten, wie sich das BVerfG in künftigen ähnlich gelagerten Fällen – insbesondere angesichts der Bindung an europäische Grundrechte – positionieren wird. Zwischenzeitlich steht außerdem eine Entscheidung des obersten Gerichts der EU an: Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg (EuGH) wurde von einem irischen und einem britischen Gericht sowie vom VGH Kassel angerufen und um Auslegung des Europarechts gebeten. Es geht um die Frage, ob europäische Grundrechte die EU-Mitgliedstaaten verpflichten, von Abschiebungen in andere EU-Staaten abzusehen, wenn dort grundlegende Menschenrechte versagt werden. Es bleibt zu hoffen, dass sich der EuGH der grundrechtsfreundlichen Haltung der Straßburger Kollegen anschließen und darüber hinaus den Rechtsschutz der Asylsuchenden stärken wird.

Kinderrechtskonvention: Jetzt erst Recht(e)

Viele Jahre lang hat sich PRO ASYL im Bündnis mit zahlreichen anderen Organisationen für die Rücknahme der deutschen Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention eingesetzt. Am 15. Juli 2010 war es endlich so weit: Die Bundesrepublik Deutschland nahm die Vorbehaltserklärung gegenüber den Vereinten Nationen zurück. Der 1992 eingelegte Vorbehalt hatte vorgesehen, dass die Konvention zum Schutze der Kinder in Deutschland nicht auf asyl- und ausländerrechtliche Sachverhalte anzuwenden sei.

Seit der Rücknahme des Vorbehalts ist der Weg frei, hier lebenden Flüchtlingskindern die gleichen Rechte zu gewähren wie allen anderen Kindern auch. Dazu muss allerdings das Asyl- und Ausländerrecht verändert werden: Das Kindeswohl muss als Grundprinzip und Leitmotiv der Konvention in allen Kinderflüchtlinge betreffenden gesetzlichen und rechtlichen Regelungen verankert werden. Beispielsweise dürfen Minderjährige nicht länger in Abschiebungshaft genommen oder in Asylverfahren wie Erwachsene behandelt werden. Änderungen sind im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, der Sozialgesetzgebung, des Aufenthaltsgesetzes, des Asylverfahrensgesetzes und des Asylbewerberleistungsgesetzes notwendig.

Der Gesetzgeber ist also erneut am Zug, offiziell aber sieht man bislang keinen weiteren Handlungsbedarf. Wann Flüchtlingskinder in Deutschland also tatsächlich die ihnen zustehenden Rechte bekommen, ist damit weiter offen – und die Arbeit von

PRO ASYL für die Rechte der Kinder geht weiter.

Im Oktober 2010 hat PRO ASYL beim Petitionsausschuss des Bundestags eine Stellungnahme zum dringenden Handlungsbedarf nach Rücknahme der Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention eingereicht, um noch in dieser Legislaturperiode eine gesetzliche Umsetzung zu erreichen. Das 17-seitige Papier »*Kinderrechte ernst nehmen! Gesetzlicher Änderungsbedarf aufgrund der Rücknahme der Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention*« zeigt die notwendigen Anpassungen des Asyl- und Ausländerrechts detailliert auf.

Bleiberecht: Noch immer ungelöst

Seit sieben Jahren setzt sich PRO ASYL mit der Kampagne »*Hier geblieben!*« für ein Bleiberecht von geduldeten Menschen ein. Zwei Bleiberechtsregelungen hat es seither gegeben, 2010/2011 haben Bundestag und Bundesrat erneut nachgebessert und sich auf einen neuen § 25a AufenthG verständigt, der geduldeten Jugendlichen zwischen 15 und 20 Jahren die Chance auf ein Aufenthaltsrecht eröffnet. Schon früh hat PRO ASYL in der politischen Debatte darauf hingewiesen, dass eine solche Regelung zwar für wenige tausend Betroffene durchaus begrüßenswert ist, das Problem von immer noch rund 86.000 Dauergeduldeten aber erneut ungelöst lässt. PRO ASYL hat die Schwächen der neuen Regelung im Papier »*Hier geblieben. Anforderungen an eine neue Bleiberechtsregelung*« ausführlich analysiert, die Notwendigkeit für eine grundlegende Bleiberechtslösung dargelegt und konkrete Bedingungen für ihren Erfolg benannt.

© Hessischer Flüchtlingrat

Zu allen Innenministerkonferenzen im Berichtszeitraum hat PRO ASYL in Briefen an die Innenminister und -senatoren der Länder im Vorfeld Stellung genommen, insbesondere zum Thema Bleiberecht. PRO ASYL unterstützte die IMK-Aktivitäten von Jugendliche ohne Grenzen (JOG) für ein Bleiberecht, die die Innenministertreffen mit Pressearbeit, Veranstaltungen und Demonstrationen begleiteten.

Mit Diskriminierung macht man keinen Staat

Unter diesem Motto stand der Flüchtlingstag 2010. PRO ASYL wies an diesem Tag auf die unhaltbaren sozialen Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Deutschland hin. Flüchtlingsräte der Länder, regionale und lokale Flüchtlings- und Menschenrechtsinitiativen sowie zahlreiche kirchliche Gruppen schlossen sich an und organisierten Veranstaltungen, die die diskriminierenden Sondergesetze gegen Flüchtlinge einzeln oder insgesamt thematisierten: 80.000 Menschen in AsylbLG-Bezug müssen mit weniger als zwei Drittel der Hartz-IV-Sätze auskommen. Die arbeitsrechtlichen Beschränkungen verhindern trotz einiger Lockerungen immer noch oft, dass Flüchtlinge ihr Leben in die eigenen Hände nehmen können. Weitere Bausteine der Ausgrenzung sind die Lager, in denen Flüchtlinge vielerorts abseits der Städte leben müssen, die Zwangsversorgung mit entmündigenden Lebensmittelpaketen oder Gutscheinen, die Residenzpflicht, der Ausschluss von Integrationskursen und anderes. Diese Abschreckungs- und Ausgrenzungspolitik, die das Produkt einer flüchtlingsfeindlichen Politik seit den 1980er Jahren ist, muss endlich beendet werden.

Im Kontext der gesellschaftlichen Debatten um Kinderlosigkeit und Fachkräftemangel werden Flüchtlinge in den letzten Jahren von Seiten der Politik zunehmend als humane Ressourcen entdeckt, es kam zu Lockerungen bei den arbeitsmarktrechtlichen Einschränkungen und bei der Residenzpflicht. Verbesserungen zielen dabei zuallererst auf den (vermeintlichen) wirtschaftlichen Nutzen. Alte, kranke und besonders schutzbedürftige Menschen bleiben immer noch außen vor. PRO ASYL bleibt bei der menschenrechtlichen Perspektive: Diskriminierende Regelungen wie die Residenzpflicht, Arbeitsverbote oder das Asylbewerberleistungsgesetz gehören ohne Wenn und Aber abgeschafft. Für den Aufruf »*Schluss mit der sozialen Entrechtung von Flüchtlingen! Für ein Leben in Würde*« hat PRO ASYL neben zahlreichen privaten Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern auch prominente Unterstützung erhalten: Die Band »Die Toten Hosen« appellierten mit PRO ASYL an den deutschen Bundestag,

den Lagerzwang für Flüchtlinge und das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen.

Auch in die Debatte um das Asylbewerberleistungsgesetz kam 2010 nach Jahren der politischen Eiszeit wieder Bewegung, unter anderem ausgelöst durch das Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Februar 2010. Das Landessozialgericht NRW sah die Leistungen des AsylbLG als »evident zu niedrig« an und hat das Gesetz deshalb im Juli 2010 dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt. PRO ASYL ist vom Bundesverfassungsgericht um Stellungnahme gebeten worden. In einer ausführlichen juristischen Stellungnahme haben wir begründet, warum das AsylbLG nicht nur gegen Menschenwürde und Sozialstaatsprinzip, sondern auch gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes verstößt.

Im Februar 2011 führte der Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales eine öffentliche Anhörung zu Anträgen der Grünen und

Das Asylbewerberleistungsgesetz und das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum

Stellungnahme zur Anhörung am 07.02.2011 im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages

von Georg Classen, Flüchtlingsrat Berlin

Februar 2011

Herausgeber:

Flüchtlingsrat Berlin e.V. Förderverein PRO ASYL e.V.

der Linken auf Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes durch. Georg Classen, Sozialrechtsexperte vom Flüchtlingsrat Berlin e.V., hat dort als Sachverständiger von Flüchtlingsräten und PRO ASYL klar gemacht, warum das teils verfassungswidrige Gesetz abgeschafft werden muss. Classens Stellungnahme hat PRO ASYL gemeinsam mit dem Berliner Flüchtlingsrat unter dem Titel »*Das Asylbewerberleistungsgesetz und das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum*« im Februar 2011 als Broschüre herausgegeben.

Gegen den Lagerzwang

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit diskriminierenden Aufnahme- und Lebensbedingungen von Flüchtlingen hat uns das Thema Lager-Unterbringung 2010 besonders beschäftigt:

Mit Schreiben vom 13. August 2010 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales PRO ASYL um Stellungnahme zu Erfahrungen mit der Anwendung des Sachleistungsprinzips gebeten. In einem 35-seitigen Papier stellt PRO ASYL die Lebensumstände von Flüchtlingen im bundesweiten Vergleich dar. Die Einführung des Sachleistungsprinzips und die damit einhergehende Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern stellt eine massive Beeinträchtigung ihrer Lebensführung und Selbstbestimmung dar.

Im Rahmen eines vom Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) geförderten Projekts und in Kooperation mit der Niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover fand im Mai 2010 eine Fachkonferenz mit 60 Teilnehmenden aus Fachkreisen und Politik im Hannoveraner Rathaus statt. Auf der Website von PRO ASYL wurde die Lagersituation in den einzelnen Bundesländern per Lagerkarte anschaulich gemacht. Dort finden sich Fotos und Informationen zu den einzelnen Standorten sowie weiterführende Links.

Gemeinsam mit den Landesflüchtlingsräten hat PRO ASYL Anfang 2011 die 60-seitige Broschüre »*Ausgelagert – Zur Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland*« herausgegeben. Das Heft bietet Anregungen zur Auseinandersetzung mit spezifischen Charakteristika der Lagerunterbringung ebenso wie einen breit gefächerten Überblick über die sehr unterschiedlich ausgeprägte Unterbringungspraxis in Bund und Ländern. Das Heft kann heruntergeladen werden unter www.proasyl.de und bei den Flüchtlingsräten bestellt werden.

Tour der 1.000 Brücken

Heinz Ratz ist nicht nur ein immer größeren Kreisen bekannter politischer und poetischer Liedermacher, sondern auch ein ungewöhnlich beherzter Menschenrechtsaktivist: Drei Monate, von Januar bis April 2011, tourte Heinz Ratz mit dem Fahrrad 7.000 Kilometer quer durch Deutschland. Mit seiner Band »Strom & Wasser« besuchte er Flüchtlingslager, sensibilisierte Anwohnerinnen und Anwohner über die Probleme der dort untergebrachten Flüchtlinge, brachte die Menschen miteinander in Kontakt und informierte bei Pressekonferenzen über seine Eindrücke und die Situation der dort lebenden Flüchtlinge. Über 70 Konzerte absolvierte die Band für eine menschliche Flüchtlingspolitik. Als einer der ersten prominenten Unterstützer wendete sich Heinz Ratz mit dem PRO ASYL Appell »*Schluss mit der sozialen Entrechtung von Flüchtlingen! Für ein Leben in Würde*« gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Flüchtlingen.

Während der Konzerte wurden Spenden für den Rechtshilfefonds von PRO ASYL, die Flüchtlingsräte und die Arbeit vor Ort gesammelt. Prominente Unterstützung gab es dabei unter anderem von Götz Widmann, Hannes Wader, Stoppok, Jan Plewka, Bodo Wartke, Jess Jochimsen und Dota der Kleingeldprinzessin.

PRO ASYL sagt Dankeschön: Heinz Ratz und seiner Band »Strom und Wasser« für ihren unermüdlichen Einsatz, den Unterstützerinnen und Unterstützern und allen, die bei der Organisation rund um die Tour mit einer helfenden Hand dabei waren oder eine Etappe mitgeradelt sind!

Internationale Wochen gegen Rassismus

PRO ASYL und Interkultureller Rat riefen gemeinsam zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 15. bis 28. März 2011 dazu auf, die Lebenssituation von Flüchtlingen zu thematisieren und forderten eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe für Flüchtlinge. Dazu wurde die Broschüre »*Menschen wie Menschen behandeln! Flüchtlinge in Deutschland: Für soziale Teilhabe und ein Leben in Würde*« veröffentlicht.

In der gemeinsamen Erklärung zum Tag gegen Rassismus am 21. März 2011 »*Menschen wie Menschen behandeln!*« fordern PRO ASYL und Interkultureller Rat , dass die in den 1980er und 90er Jahren installierte Abschreckungspolitik in Form von staatlich organisierter Diskriminierung, Lagerunterbringung und der Begrenzung der Bewegungsfreiheit durch die sogenannte Residenzpflicht beendet werden muss.

Mehr (Irak-)Flüchtlinge aufnehmen! Die Save-me-Kampagne

Im Februar 2010 haben sich mehrere tausend Menschen am E-Mail-Appell von PRO ASYL »*Verantwortung übernehmen – Flüchtlinge aufnehmen!*« beteiligt. Damit wurde der Bundesinnenminister aufgefordert, weitere Irakflüchtlinge aus Syrien und Jordanien aufzunehmen und ein dauerhaftes Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge einzurichten. PRO ASYL wollte damit erreichen, dass sich die Bundesregierung ihrer Verantwortung für den internationalen Flüchtlingsschutz bewusst wird und dringend schutzbedürftigen Flüchtlingen ein Leben in Würde und Sicherheit gewährt.

Die Zahl der Initiativen, die im Rahmen der Kampagne »*save me*« vor Ort für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten werben, ist im vergangenen Jahr leicht gewachsen: Inzwischen sind bundesweit über 50 Save-me-Gruppen aktiv. In 38 Städten ist es gelungen, ein positives Votum des Stadt-/Gemeinderats zur Flüchtlingsaufnahme und zu »save me« zu erreichen, mit Berlin und Bremen stieg die Zahl der darunter befindlichen Landeshauptstädte auf neun. Vermehrt tun sich die Initiativen im

Anschluss an lokale Beschlüsse auf Landesebene zusammen, um auch ihre Innenministerien von der Notwendigkeit eines dauerhaften Programms zur Neuansiedlung von schutzbedürftigen Flüchtlingen zu überzeugen. Unterstützt werden die Save-me-Kampagnen vor Ort nicht nur von PRO ASYL, sondern auch von unseren Bündnispartnern amnesty international, dem Diakonischen Werk und anderen.

Die lokalen Erfolge der Kampagne sind bemerkenswert vor dem Hintergrund, dass die politische Entwicklung in Sachen Resettlement-Programm eher stagniert: Nach dem EU-Kommissionsvorschlag für ein gemeinsames europäisches Programm Ende 2009 hat es auf europäischer Ebene kaum Fortschritte gegeben. Auch die Bundesregierung hält sich nach der Aufnahme von 2.500 Irakflüchtlingen weitgehend bedeckt: 2010 wurden lediglich 50 iranische Flüchtlinge aus der Türkei aufgenommen, weitere 100 eritreische und sudanesische Flüchtlinge durften im Rahmen europäischer Ab-

sprachen aus Malta kommen. Im Zuge der nordafrikanischen Revolutionen und der damit verbundenen Notsituation für Flüchtlinge kommt wieder Fahrt in die Resettlement-Debatte. Im März 2011 haben sich innerhalb weniger Tage über 7.000 Menschen an einer E-Mail-Aktion von PRO ASYL und medico international beteiligt, in der die Bundeskanzlerin aufgefordert wurde, sich in Europa für die Rettung und Aufnahme von schutzbedürftigen Flüchtlingen aus Libyen einzusetzen.

Stoppt das Sterben – SOS for Human Rights

Jahr für Jahr fordert die Grenzabschottungspolitik der EU tausende Opfer: Beim Versuch, die »Grenzsicherungen« zu überwinden, bleibt die Menschenwürde und nicht selten das Leben vieler Flüchtlinge auf der Strecke. Für den Einsatz im Rahmen der Kampagne »*Stoppt das Sterben*« ist PRO ASYL im März 2010 mit dem Göttinger Friedenspreis der Stiftung Dr. Roland Röhl ausgezeichnet worden.

2010 startete die Kampagne »SOS for Human Rights«. Neben PRO ASYL haben die Flüchtlingsräte Berlin und Brandenburg, borderline europe, Jugendliche ohne Grenzen (JOG), Beratungsstelle WeGe ins Leben e.V. und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die Kampagne mitentwickelt. Maßgeblich durchgeführt wird sie vom GRIPS Theater Berlin. Ein Programm aus unterschiedlichen Veranstaltungen, einem Theaterstück, Workshops und Demonstrationen soll die lebensbedrohliche Situation der Flüchtlinge an den Außengrenzen sowie ihr hartes Leben innerhalb der Mitgliedsländer der EU ins Bewusstsein der Öffentlichkeit bringen. Herzstück der Kampagne ist der 2010 veröffentlichte Appell von Jugendliche ohne Grenzen (JOG), die Fluchtwege nach Europa freizuhalten, den unerklärten Krieg gegen Flüchtlinge an den Außengrenzen zu beenden und die Kinderrechte von Flüchtlingen vollständig umzusetzen. Über 20 Organisationen aus ganz Deutschland unterstützten die Forderungen der jungen Flüchtlinge an die Politikerinnen und Politiker der Europäischen Union. Mit dem zugehörigen Theaterstück »SOS for Human Rights« tourt das GRIPS Theater seit November 2010 quer durch Deutschland. Erzählt wird die Geschichte dreier jugendlicher Flüchtlinge auf dem gefährlichen Weg von Afrika nach Europa.

Abschiebungshaft

Im Jahr 2010 häuften sich traurige Meldungen von Todesfällen in der Abschiebungshaft.

Anfang 2010 sollen innerhalb eines einzigen Tages drei Abschiebehäftlinge in der Haftanstalt Köpenick (Berlin) versucht haben, sich das Leben zu nehmen. Am 7. März 2010 erhängte sich ein junger Georgier, der als suizidgefährdet galt, in einer videoüberwachten Krankenzelle in Hamburg. Am 16. April 2010 erhängte sich die 34 Jahre alte indonesische Staatsbürgerin Yeni P. in der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand in Hamburg. Am 2. Juli 2010 nahm sich der 58-jährige Armenier Slawik C. in der Abschiebehaftanstalt Hannover-Langenhagen das Leben.

Bei jedem neu bekannt werdenden Suizid in der Abschiebungshaft gibt es lediglich Betroffenheitsbekundungen und Lippenbekenntnisse. Diesen steht keine adäquate Bereitschaft gegenüber, notwendige Reformen durchzuführen. Nach wie vor ist die Abschiebungshaft in Deutschland keineswegs die ultima ratio zur Durchsetzung einer bestehenden Ausreisepflicht. Zum Gedenktag für die Toten in Abschiebungshaft am 30. August 2010 forderten PRO ASYL und der Interkulturelle Rat in Deutschland die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern auf, die Abschiebungshaft grundsätzlich neu zu regeln und drastisch zu reduzieren. Minderjährige sind kategorisch von der Abschiebungshaft auszunehmen.

Abschiebungen aus Deutschland

Im Mai 2011 trat die »AG Rück«, eine »Expertengruppe« von Bund und Ländern, mit der Klage an die Öffentlichkeit, dass Politiker und Behörden Abschiebungen nicht hart genug durchsetzten. Die in der Gruppe versammelten leitenden Bundespolizisten und Landesbeamten beklagten, ihr Tun werde von der Landes- und Bundespolitik zu wenig unterstützt. Auch Bürgermeister und Landräte brächen bei entsprechendem Druck von Lobbygruppen und Medien immer wieder in letzter Minute Abschiebungen ab. Auch wenn die von der »AG Rück« vorgelegten Zahlen über Abschiebungen aus Deutschland ganz offensichtlich nicht stimmen können, betrachtet PRO ASYL die Klage der »AG Rück« als ein riesiges Kompliment – ein Kompliment an all jene, die die humanitären Belange der Betroffenen auch nach Abschluss der juristischen Fragen ernster nehmen als manche Gerichte und Ausländerbehörden. Auch 2010 haben viele Menschen, die sich mit PRO ASYL an der Basis für von Abschiebung Betroffene einsetzen, immer wieder Erfolge in Einzelfällen erzielt – wir nehmen die Klage der Abschiebungsexperten insofern auch als Indiz einer qualifizierten lokalen und ehrenamtlichen Arbeit. Es ist auch ein Kompliment an die Medien, die über die menschlichen Dramen berichten, die mit dem Vollzug von Abschiebungen nach oft langjährigem Aufenthalt verbunden sind. Und nicht zuletzt ein Kompliment an Bürgermeister und Landräte, die den Mut aufbringen, Abschiebungen aus humanitären Gründen auszusetzen.

Flucht und Migration durch Klimawandel

Der Klimawandel könnte in Zukunft zum Hauptgrund für die Flucht von Menschen sowohl innerhalb ihres Landes als auch grenzüberschreitend werden. PRO ASYL beschäftigt sich in unterschiedlichen Fachgremien mit dem Thema. Bei einer Tagung in Bad Boll vom 24.-26. September 2010, initiiert von der STIFTUNG PRO ASYL gemeinsam mit verschiedenen Nichtregierungsorganisationen, wurde über einen künftigen wirksamen Schutz von »Klimaflüchtlingen« diskutiert. Berichte über Auswirkungen des Klimawandels aus betroffenen Ländern und Regionen wie Bangladesch oder dem Horn von Afrika standen dort auf der Tagesordnung. Daraus wurden politische Forderungen und Vorschläge entwickelt, wie dem Phänomen in Zukunft begegnet und den betroffenen Menschen bestmöglicher Schutz gewährt werden kann.

Deutscher Menschenrechtsfilmpreis

Am 4. Dezember 2010 wurde in Nürnberg der mit 1.500 Euro dotierte Deutsche Menschenrechtsfilmpreis verliehen. PRO ASYL ist Mitveranstalter des Deutschen Menschenrechtsfilmpreises.

Die Auszeichnung würdigt den Einsatz engagierter Filmemacher für die Einhaltung der Menschenrechte. In zwei Kategorien erhielten Filme eine Auszeichnung, die das Schicksal von Flüchtlingen beleuchten. Der Film »*Reise ohne Rückkehr – Endstation Frankfurter Flughafen*« von Güclü Yaman thematisiert die Abschiebung des Flüchtlings Aamir Ageeb, die mit dessen Erstickungstod im Flugzeug endete. Die Jury begründete den 1. Preis in der Kategorie »Amateur« eindrücklich: »*Die Verzweiflung des Flüchtlings, die kalte, hilflose Routine der Beamten und das Wegschauen der Passagiere vermittelt der Film auf authentische und glaubwürdige Weise.*«

Den 1. Preis in der Kategorie »Bildung« erhielt die Reportage »*Rückkehr ins Elend – Abschiebung der Roma ins Kosovo*« von Martina Morawietz. Es geht um Menschen, die in Nacht-und-Nebel-Aktionen aus Deutschland abgeschoben wurden, obwohl sie hier geboren sind, perfekt Deutsch sprechen und eigentlich in unserem Land eine Zukunft hatten. »Die Bilder von Martina Morawietz berühren, sie gehen unter die Haut und machen betroffen«, so die Jury des Menschenrechtsfilmpreises 2010.

START-Stipendien für junge Flüchtlinge

Langjährige strukturelle Ausgrenzung führt auch bei jungen Menschen dazu, dass Potenziale ungenügend genutzt und kaum gefördert werden. Seit 2002 gibt es das START-Schülerstipendium für engagierte Jugendliche mit Migrationsbiographie. Die STIFTUNG PRO ASYL unterstützt START seit September 2010, um für einige junge Flüchtlinge individuelle Perspektiven zu

© START

schaffen. Mit dem START-Stipendium erhalten sie ein monatliches Bildungsgeld, eine PC-Grundausstattung mit Internetanschluss sowie intensive Beratung und Begleitung. Sie nehmen an zahlreichen Bildungsveranstaltungen im Rahmen des Stipendiums teil und können über vielfältige Angebote auch ihre sozialen Kompetenzen erweitern. Sie werden Teil eines Netzwerks von Stipendiatinnen und Stipendiaten aus ganz Deutschland.

Im ersten Jahr der Kooperation mit START unterstützt PRO ASYL junge Flüchtlinge in Hessen und Nordrhein-Westfalen. Um das Projekt auszuweiten und in Zukunft noch mehr Flüchtlingskindern diese Förderung zu ermöglichen, benötigt die STIFTUNG PRO ASYL noch Spenden und Zustiftungen.

Zur Qualität des Flughafenverfahrens

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Außenstelle Frankfurt am Main Flughafen) hat einen Dialog zur Verbesserung des Flughafenasylverfahrens angestoßen und die Nichtregierungsorganisationen, die sich mit dem Thema in den letzten Jahren befasst haben, eingeladen. PRO ASYL hält das Flughafenasylverfahren mit seinen kurzen Fristen für riskant und strukturell unfair und fordert seine Abschaffung. Dennoch führen wir den Dialog, weil alles getan werden muss, um die Situation der Flüchtlinge im Flughafentransit zu verbessern, solange der Gesetzgeber nicht tätig wird. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang der Umgang mit unbegleiteten Minderjährigen und die möglichst frühzeitige Erkennung besonders verletzbarer Personengruppen, wie Traumatisierten und mutmaßlichen Opfern von Folter. Sie gehören nicht in dieses Verfahren. Das Bundesamt hat dem in vielen Fällen auch Rechnung getragen, mit der Folge, dass die Betroffenen zur Durchführung des Standardasylverfahrens ins Inland einreisen durften.

Einzelfallarbeit und Rechtshilfe

Auch im Jahr 2010 haben sich zahlreiche Flüchtlinge, Unterstützerinnen und Unterstützer, politisch engagierte Gruppen und Einzelpersonen mit konkreten Anfragen und Hilfeersuchen an uns gewendet. Der Beratungsdienst wurde vom Europäischen Flüchtlingsfonds gefördert. Die Mitarbeitenden in der Einzelfallberatung haben rund 3.800 telefonische und 2.000 schriftliche Einzelanfragen bearbeitet, davon rund 1.700 in erstmalig benannten Einzelfällen. Mehrere Hundert Folgeberatungen wurden

in Fällen notwendig, die als Auffangberatung, Beratung in schwierigen Einzelfällen oder Musterfällen mit bundesweiter Bedeutung eine längere Begleitung erforderten. Daneben deckten die Mitarbeitenden in der Einzelfallhilfe viele verschiedene Serviceleistungen für Flüchtlinge und ihre Unterstützer ab.

In den meisten Fällen ging es um Auskünfte zur Gesetzeslage und zu den Rechten von Flüchtlingen, Tipps und Unterstützung im Asylverfahren, insbesondere im Dublin-II-Verfahren, Fragen zur Aufenthaltssicherung und um Hilfe bei vielfältigen anderen Problemstellungen. Meist helfen Informationen, Beratung und die Vermittlung weiterer Ansprechpartner vor Ort. Immer wieder ist es in der Einzelfallarbeit aber auch notwendig, Flüchtlinge in ihren Asylverfahren mit Finanzmitteln aus dem Rechtshilfefonds zu unterstützen.

Im Berichtszeitraum wurden 306 Anträge an den Rechtshilfefonds bewilligt, dessen Etat aufgrund der Dringlichkeit vieler Fälle und des Aufwands bei größeren Verfahren durch Vorstandsbeschluss aufgestockt wurde. Bei mehr als der Hälfte der Verfahren, in denen Unterstützung aus dem Rechtshilfefonds gewährt wurde, handelte es sich um Asylverfahren, darunter viele Verfahren im Zusammenhang mit der Dublin II-Verordnung. Nachdem Rücküberstellungen nach Griechenland als ursprünglich zuständigem Dublinstaat ausgesetzt wurden, erreichten PRO ASYL auch Bitten um Unterstützung im Zusammenhang mit drohenden Abschiebungen nach Italien. Immer mehr Verwaltungsgerichte setzen auch hier die Abschiebung aus, weil die Zustände für Flüchtlinge in Italien menschenunwürdig sind.

Aus Sicht von PRO ASYL inakzeptabel ist die Tatsache, dass ein großer Teil des Rechtshilfebudgets in medizinisch-psychologische Gutachten fließen muss. In der Regel geht es hier um Fälle, in denen Menschen in der Anhörung beim Bundesamt aufgrund traumatischer Erkrankungen daran gehindert waren, das, was sie erlebt haben – häufig Folter – adäquat vorzutragen. In zumindest einem Teil der Fälle hätte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge von Amts wegen Fachgutachten einholen müssen und nicht auf den begrenzten Sachverstand der eigenen Sachbearbeiter vertrauen dürfen.

Immerhin führten fast alle Gutachten dazu, dass der Situation der Betroffenen im weiteren Fortgang der Asylverfahren Beachtung geschenkt werden musste. Nicht nur diese Fälle, sondern auch die weitaus meisten anderen unterstützten Verfahren enden mit einem Erfolg oder Teilerfolg für die betroffenen Flüchtlinge. In vielen Fällen ist der juristische Weg ausgeschöpft oder nicht in annehmbarer Zeit erfolgversprechend, dann hilft manchmal nur der Weg in die Öffentlichkeit. Im Folgenden einige der Einzelfälle, die wir 2010 auf verschiedenen Wegen begleitet haben.

Abgeschoben und zurückgekommen: K. P.

Der von PRO ASYL seit 2007 unterstützte Iraner K. P. hat im Mai 2011 endlich den Flüchtlingsstatus im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten. Auf der Flucht aus dem Iran versuchte er über Griechenland nach Deutschland zu gelangen, wo seine Eltern und Geschwister seit Jahren als anerkannte Flüchtlinge leben. In Deutschland sofort inhaftiert und dann abgeschoben, suchte ihn der Europa-Referent von PRO ASYL in Athen auf und recherchierte zu seinen Lebensumständen: Obdachlosigkeit, Schutzlosigkeit, verweigerte Hilfe und verweigertes Asyl von Seiten des griechischen Staates. Sechzehn Monate später gestand das Verwaltungsgericht K. P. zunächst das Recht auf Wiedereinreise und Durchführung des Asylverfahrens in Deutschland zu. Erst mit der Einstellung der Rückführung nach Griechenland durch das Bundesinnenministerium war klar: K. P. bekommt seine Chance. Nun kann er sein Leben planen – mit der Unterstützung seiner Familie.

Borka T.: Tod nach Abschiebung

Die 47-jährige Roma-Frau Borka T. stirbt einen Monat nach ihrer Abschiebung in den Kosovo an den Folgen einer Gehirnblutung. Die psychisch schwer kranke Frau war zuvor lediglich auf »Flugreisetauglichkeit« untersucht worden, ihre medizinische und medikamentöse Behandlung endete abrupt mit der Abschiebung. Der deutsche Anwalt der Familie und PRO ASYL wendeten sich an die Öffentlichkeit und setzen sich für eine Rückkehr des Ehemannes und 14-jährigen Sohns von Borka T. ein. Nachdem PRO ASYL die Reisekosten übernom-

men hatte, durften Vater und Sohn nach Deutschland zurückkehren.

Dem Irakkrieg entflohen: André Shepherd

PRO ASYL begleitet den US-amerikanischen Deserteur André Shepherd in seinem Asylverfahren. Der als Mechaniker im Irakkrieg eingesetzte 33-jährige beruft sich auf die europäische Qualifikationsrichtlinie, die diejenigen schützt, die sich einem völkerrechtswidrigen Krieg oder völkerrechtswidrigen Handlungen entziehen und mit Verfolgung rechnen müssen. Nach der ersten Ablehnung durch das Bundesamt wird PRO ASYL auch das Klageverfahren unterstützen. Gemeinsam mit anderen Friedens- und Flüchtlingsorganisationen machte PRO ASYL die zu Grunde liegenden Sachverhalte öffentlich.

Bis zum EGMR: der Palästinenser A.A.

Im Fall des Palästinensers aus dem Libanon A.A., der als Asylsuchender in griechische Haft geraten und misshandelt worden war, unterstützte PRO ASYL mit Mitteln aus dem Rechtshilfefonds eine Beschwerde an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) – mit Erfolg: Das Gericht konstatierte mehrere Verletzungen der Europäischen Menschenrechtskonvention durch Griechenland und sprach A.A. Schadenersatz für die illegale Inhaftierung zu. Der Fall steht exemplarisch für Tausende von Flüchtlingen, die in den letzten Jahren in ähnlicher Weise unter erbärmlichen Umständen in Griechenland unrechtmäßig inhaftiert worden sind.

Nissrin Ali: endlich anerkannt

Die Trägerin des Menschenrechtspreises 2009 der STIFTUNG PRO ASYL, Nissrin Ali, ist nach jahrelanger Ungewissheit 2010 endlich als Flüchtling anerkannt worden. Der zweite Preisträger des Jahres 2009, Felleke Bahiru Kum, war schon zuvor ebenfalls als Flüchtling anerkannt worden und studiert Ingenieurswissenschaften in Coburg. Den Menschenrechtspreis hatten die beiden erhalten, weil sie sich beispielhaft für die Achtung der Menschenwürde von Flüchtlingen und die Abschaffung des Lagerzwangs eingesetzt hatten. Als Betroffene – selbst zum Leben in Lagern gezwungen – war Nissrin Ali an die Öffentlichkeit gegangen und hatte eine viel beachtete politische Debatte in Bayern ausgelöst. Sie hat sich unermüdlich und lautstark gegen Abschiebungen nach Syrien öffentlich engagiert und dabei deutliche Kritik am Folterstaat Syrien und dessen Missachtung der Menschenrechte und Demokratie geäußert. Jetzt ist Preisträgerin Nissrin aufgrund ihres Flüchtlingsstatus in Sicherheit.

STIFTUNG PRO ASYL

Projekte der STIFTUNG PRO ASYL

Die STIFTUNG PRO ASYL hat 2010 verschiedene Projekte und Aktionen gefördert und durchgeführt. Dazu gehörten unter anderem:

- Das Griechenlandprojekt zur Unterstützung besonders Schutzbedürftiger Flüchtlinge auf Lesbos und nach dessen Abschluss das Folgeprojekt in der Türkei und der türkisch-griechischen Grenzregion (s. S. 5 ff)
- Das Selbsthilfeprojekt der Abgeschobenen in Mali (AME) (s. S. 10)
- Das Border Monitoring Projekt in der Ukraine (BMPU) (s. S. 10)
- Die Fachkonferenz zu Klimaflüchtlingen in Bad Boll (s. S. 24)
- Die Vergabe von START-Schülerstipendien (s. S. 24).

Die STIFTUNG PRO ASYL wurde gegründet, um die Arbeit des Fördervereins langfristig abzusichern. Denn im Unterschied zu Spenden können Zustiftungen als Stiftungskapital angelegt werden, die Erträge daraus können die Flüchtlingsarbeit so auf Dauer sichern.

Finanzen der STIFTUNG PRO ASYL

Die Ausgaben der STIFTUNG PRO ASYL im Jahr 2010 belaufen sich auf 120.623,73 € und verteilen sich wie folgt:

Projektkosten	102.827,95 €
Kosten für Stiftungspreis (Preisgeld und Organisation)	7.275,00 €
Öffentlichkeitsarbeit	7.001,82 €
Reisekosten	1.483,61 €
Abschluss- und Prüfungskosten	1.517,25 €
Sonstige Verwaltungskosten (Porto u.ä.)	518,10 €

Die Projektkosten betrafen vor allem

- das Griechenlandprojekt für schutzbedürftige Asylsuchende (60.013,37 €),
- den Zuschuss für die Menschenrechtsarbeit der Association Malienne des Expulses (AME) in Mali (12.500 €),
- das Projekt »Flüchtlinge im Transit Türkei-Europa« (11.500 €)
- sowie die Menschenrechtsarbeit in der Ukraine (3.764,58 €).

Zudem unterstützte die STIFTUNG PRO ASYL mit 10.000 € das START-Stipendium. Daneben wurden in einem Umfang von insgesamt 5.050 € acht weitere kleinere Projekte unterstützt.

Um die Projekte in Griechenland und in der Türkei umsetzen zu können, hat die STIFTUNG PRO ASYL im Jahr 2010 sowohl Zuschüsse des Fördervereins PRO ASYL als auch von anderen Geldgebern in einer Gesamthöhe von 117.500 € erhalten. Das Griechenlandprojekt finanzierten neben dem Förderverein PRO ASYL auch die UNO-Flüchtlingshilfe, der Deutsche Caritasverband, Brot für die Welt, die Stiftung do und die Lutherisch-Evangelische Kirche in Bayern – dafür bedanken wir uns herzlich. Zusätzlicher neuer Unterstützer ist die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau als Partner des Ende 2010 begonnenen Projekts »*Flüchtlinge im Transit Türkei – Europa*«.

Die STIFTUNG PRO ASYL erhielt 5.739,89 € Spenden und erwirtschaftete 8.111,76 € Zinsen aus Kapitalanlagen. Das Kapital erhöhende Zustiftungen sind in Höhe von 245.294,39 € erfolgt; der Förderverein PRO ASYL e.V. übertrug davon 145.709,40 € in Form von Wertpapieren. Das Stiftungsvermögen überschritt damit die 1-Millionen-Grenze und betrug zum 31.12.2010 1.019.994,39 €.

Hierin enthalten ist ein Mehrfamilienhaus in Frankfurt/Main mit einem Nennwert von 502.000 Euro. Für diese Schenkung im Jahr 2008 ist die STIFTUNG PRO ASYL besonders dankbar. Zu Lebzeiten der langjährigen Spenderin des Fördervereins PRO ASYL gehen die Mieteinnahmen weiterhin an sie, während sie gleichzeitig die laufenden Kosten trägt.

Projektrücklagen konnten in Höhe von 96.500 € gebildet werden. Diese Rücklagen sind vorgesehen für die Projekte »Flüchtlinge im Transit Türkei – Europa« sowie »Dublin-Recherche/Griechenland«, die Förderung der Menschenrechtsarbeit in Mali und der Ukraine, die Organisation der Preisverleihung sowie für die Öffentlichkeitsarbeit.

Um auch künftig größere Modellprojekte durchführen zu können, ist die noch junge STIFTUNG PRO ASYL weiterhin auf Zustiftungen angewiesen. Den Jahresbericht 2010 und weitere Informationen zur STIFTUNG PRO ASYL finden Sie auf der Website von PRO ASYL.

Menschenrechtspreis der STIFTUNG PRO ASYL 2010

Die STIFTUNG PRO ASYL hat ihren Menschenrechtspreis, die PRO ASYL-Hand, im Jahr 2010 an den italienischen Journalisten Gabriele del Grande verliehen. Der 28-Jährige erhielt die Auszeichnung für seine mutigen Recherchen zur Situation von Flüchtlingen an Europas Außengrenzen sowie in Transitländern wie Libyen, Tunesien und Mali.

Del Grande dokumentiert wie kein anderer die dramatischen Folgen der Kooperation Italiens mit dem Diktator Gaddafi. Sein Blog »Fortress Europe« ist zu einer der wichtigsten Dokumentationsstellen von Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen geworden. Er trägt maßgeblich dazu bei, dass die Opfer des europäischen Grenzregimes nicht nur abstrakte Zahlen bleiben und zu Statistiken verkommen. Mit seinen akribischen Recherchen macht del Grande die menschlichen Tragödien sichtbar, die hinter den Meldungen von Schiffbrüchen und Zurückweisungen stehen. Gabriele del Grandes Dokumentationen sind ein Appell an alle politisch Verantwortlichen endlich hinzusehen und Verantwortung zu übernehmen. Der Schriftsteller Ilija Trojanow fand in seiner Laudatio bei der Preisverleihung am 4. September 2010 deutliche Worte zum EU-Grenzregime: »Wir stehen am Anfang einer neuen Epoche der Barbarei.« In seiner Dankesrede schilderte del Grande ergreifende Schicksale von ertrinkenden Flüchtlingen, denen nicht geholfen wurde. »Diese Toten sprechen zu niemandem mehr,« so del Grande, »Unsere Herzen rührt das nicht mehr.« Abschließend forderte Tom Koenigs, Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages, ein gesamteuropäisches Asylsystem, das nicht auf Ausgrenzung, sondern auf Humanität aufbaue. Deutschland könne mehr Flüchtlinge aufnehmen.

© PRO ASYL

PRO ASYL intern

Vorstand

Der Förderverein PRO ASYL wählte in seiner Mitgliederversammlung im September 2010 den Vorstand. Im Amt bestätigt wurden als Vorsitzender Dr. Jürgen Micksch, als Schatzmeister Andreas Lipsch, als Beisitzende Sigrid Ebritsch und Hubert Heinhold. Der Vorstand des Fördervereins tagt in der Regel gemeinsam mit dem Vorstand der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL.

Bundesarbeitsgemeinschaft

Die Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL ist ein Zusammenschluss von Mitarbeitenden aus Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Menschenrechtsorganisationen und landesweiten Flüchtlingsräten. Im Jahr 2010 hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft vor allem mit folgenden Themen befasst:

- Entwicklung der Flüchtlingssituation und Projektmöglichkeiten in Griechenland und im griechisch-türkischen Grenzgebiet
- Aktionsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der europäischen Kollaborationspolitik mit Libyen
- Aktivitäten gegen drohende Abschiebungen nach Syrien
- Aktivitäten gegen drohende Abschiebungen von Minderheiten, insbesondere Roma, in den Kosovo und nach Serbien
- Analyse der Notwendigkeit einer neuen, verbesserten Bleiberechtsregelung
- Bündnis für die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention
- Unterstützung der »Tour der 1.000 Brücken«
- Motto und Kampagne »Mit Diskriminierung macht man keinen Staat«

Die in diesem Bericht beschriebenen Tätigkeiten haben sich vielfach aus der thematischen Schwerpunktsetzung und Anstößen aus der Bundesarbeitsgemeinschaft ergeben, die von der Geschäftsstelle in Frankfurt/Main umgesetzt wurden. Sitzungen und Treffen der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL werden vom Förderverein finanziert sowie auch die einmal jährlich stattfindende interne Klausur von Mitarbeitenden der Geschäftsstelle und Mitgliedern der Bundesarbeitsgemeinschaft.

Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen- und Ausgabenrechnung Förderverein PRO ASYL e.V. 2010

Einnahmen	Euro
Spenden	1.147.045
Mitgliedsbeiträge	1.056.774
Erbschaften und Preisgelder	8.050
Bußgeldzuweisung	32.890
Erstattungen für Raumkosten	6.560
Zuschüsse	5.500
Zuschüsse EFF-Projekt	85.903
Zinserträge	28.582
Erstattungen Gehaltsfortzahlungen	14.623
Erlöse aus der Abgabe von Informationsmaterial	21.214
Auflösung von Rückstellungen, sonstige Erträge	121
Einnahmen gesamt	**2.407.262**

Ausgaben	Euro
Personalkosten	579.730
Soziale Aufwendungen	168.580
Abschreibungen	12.801
Inhaltliche Arbeit	
Öffentlichkeitsarbeit	415.063
Unterstützung Flüchtlingsräte	300.000
Projekte, Veranstaltungen	88.764
Verfahrenshilfe	144.684
Reisekosten	14.225
Internetkosten	11.453
Zuschuss zur AG Pro Asyl	12.200
Zuführung zur STIFTUNG PRO ASYL	145.709
Save me	14.170
Jugendprojekt (u.a. START-Stipendium)	12.687

Ausgaben	Euro
EU-Projekt (Europäischer Flüchtlingsfonds)	168.119
– davon Gehälter und gesetzl. Sozialaufwand	156.490,92
Eigene europäische Projekte (inkl. Gehälter)	32.806
Kosten der Geschäftsstelle	
Raummieten	92.404
Porto	6.689
Telefon, Fax	7.491
Büromaterial	10.956
Wartungs-, Miet- und Reparaturkosten	17.147
Fachliteratur	5.066
rechtl., steuerl. und sonstige Beratungskosten	3.495
Buchführungskosten, Gehaltsabrechnung	8.816
Abschlussprüfung	6.000
Nebenkosten des Geldverkehr	1.326
Verluste aus Verkauf Wertpapiere	23.575
Sonst. Kosten	2.032
Zweckbetrieb Informationsmaterial	21.825
Herstellungs- und Versandkosten von Informationsschriften und CD	
Zuführung zu Rücklagen	79.449
(Förderung landesw. Flüchtlingsräte, versch. Projekte)	
Ausgaben gesamt	**2.407.262**

Der Verlust aus Wertpapieren stammt aus dem Verkauf eines ursprünglich zu 100 % wertgesicherten Mischfonds, der auf kurzfristig erfolgte Ankündigung seitens des Auflegers ab dem Jahr 2011 nur noch zu 96 % wertgesichert weitergeführt wird. Deshalb wurden diese Papiere, die ursprünglich auf Langfristigkeit angelegt waren, verkauft.

Mitgliederentwicklung

Die Unterstützerinnen und Unterstützer bleiben uns treu:

Der Förderverein PRO ASYL hatte am 31.12. 2010 genau 14.651 Mitglieder und damit erneut einen leichten Anstieg der Mitgliederzahl zu verzeichnen.

783 Menschen kamen im Laufe des Jahres 2010 neu hinzu, 248 Menschen kündigten ihre Mitgliedschaft, häufig unter Verweis auf ihre momentane finanzielle Situation. 39 Mitglieder verstarben, weitere 85 längere Zeit nicht zahlende Mitglieder haben wir aus der Statistik genommen.

Mit einer Steigerung um 411 Mitglieder setzt sich dennoch unter dem Strich die bereits über viele Jahre bestehende positive Tendenz fort.

Allen Fördermitgliedern, Spenderinnen und Spendern danken wir sehr herzlich. Die verlässliche Unterstützung durch unsere Mitglieder gewährleistet die Kontinuität und Planbarkeit unserer Arbeit. Mit Ihrer Hilfe werden wir uns auch in Zukunft engagiert für die Rechte von Flüchtlingen und Schutzsuchenden einsetzen.

Dr. Jürgen Micksch	Andreas Lipsch	Sigrid Ebritsch	Hubert Heinhold
Vorsitzender	Schatzmeister	Beisitzerin	Beisitzer

Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 160624
60069 Frankfurt/M.

Telefon: 069 / 23 06 88
Fax: 069 /23 06 50

Internet: www.proasyl.de
E-Mail: proasyl@proasyl.de

Spendenkonto-Nr. 8047300
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 370 205 00

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.